

Region

«Kirche aufzugeben, ist hoch emotional»

Fusion im Berner Nordquartier Mit dem Zusammenlegen von zwei reformierten Institutionen will die Kirche auf den gesellschaftlichen Wandel reagieren. Ein noch viel grösseres Projekt dürfte folgen.

Carlo Senn

Es waren noch andere Zeiten: Jedes Berner Quartier sollte seine eigene Kirche haben, die Mitgliederzahlen waren hoch. Deshalb trennte sich die Markuskirche beim Neubau in den 1950er-Jahren von der Johannesgemeinde ab und bildete eine eigene Kirchengemeinde im Nordquartier.

Das aktuelle Problem: Die Johannesgemeinde hatte von 1990 bis 2019 einen Mitgliederschwund von 32 Prozent, die Markusgemeinde sogar einen von 47 Prozent zu beklagen. Ähnlich geht es den anderen Kirchengemeinden in Bern. Die Verbundenheit zur Kirche ist bei den jüngeren Generationen nicht mehr stark ausgeprägt, die «Entkirchlichung» der Schweizer Gesellschaft schreitet voran.

10-Millionen-Projekt

Die reformierten Kirchengemeinden im Berner Nordquartier – Johannes und Markus – planen deshalb einen Umbruch, wie jüngst auch «journal B» berichtete. Die Johanneskirche soll aufgegeben, die Markuskirche zum grossen «kirchlichen Zentrum» von Bern-Nord umgebaut werden. Die Pläne beinhalten ein Quartiergebäude mit Restaurant und multifunktionalen Räumen für Vereine oder Firmen.

Im grossen Kirchenraum werden die Bänke entfernt. Die Bestuhlung soll flexibler gestaltet werden können. «Es könnte dort künftig eine Generalversammlung einer Firma oder ein Federball-Turnier stattfinden», sagt Marco Ryter, Präsident des Kirchengemeinderats Johannes.

Im Bistro selber soll ein langer Tisch installiert werden, wo sich das Quartier austauscht, so der Wunsch von Ryter. Die Kirche soll zum «erweiterten Wohnzimmer» für die Quartierbewohnenden werden. Baustart soll Anfang 2024 sein, übergangsweise findet dann der Gottesdienst noch in der Johanneskirche statt.

Kostenpunkt für das Projekt: 10 Millionen Franken.

Bevor die Vision wahr wird, müssen die Mitglieder der beiden Gemeinden dem Projekt zustimmen – am Mittwochabend, in getrennten Versammlungen. Die Investitionskosten für den umfangreichen Umbau wären für die Kirchengemeinde Markus alleine nicht zu stemmen.



In der Johanneskirche (links) gibt es bald vielleicht keinen Gottesdienst mehr, die Markuskirche (rechts) wird dann zum neuen reformierten Zentrum im Berner Nordquartier. Fotos: Nicole Philipp



«Wir hätten Platz für 150'000 Leute, es gibt jedoch nur 50'000 Mitglieder.»

Hans von Rütte

Präsident des Kirchengemeinderates Nydegg

Wie schätzt Ryter die Chancen ein, dass die Johannes-Gemeinde, die ihre Kirche verlieren würde, dem Vorhaben zustimmt? Ryter kann es nicht einschätzen, zeigt sich aber zuversichtlich, dass man sich «für die Zukunft und das Quartier» entscheidet. Die Frage sei letztlich: «Wollen wir uns verzetteln oder die Kräfte bündeln?» Es sei jedoch klar: «Eine Kirche aufzugeben, ist hoch emotional», so Ryter.

Was nach dem Umbau mit der Johanneskirche passiert, ist noch offen. Die Ideen reichen von einem Schulhaus für die Stadt Bern bis zu Räumlichkeiten oder ei-

nem «Haus der Bewegung», wo unter anderem die Klimajugend dabei wäre.

Warum nur im Kleinen?

Im Nordquartier befinden sich nicht die einzigen Kirchengemeinden in Bern, die fusionieren möchten. Auch die Heiliggeist- und die Friedensgemeinde möchten sich zusammenschliessen.

Währenddessen läuft im Hintergrund seit Jahren ein eigentlich viel grösseres Fusionsprojekt, welches diese Zusammenschlüsse obsolet machen würde. In Bern gibt es derzeit zwölf Kirchengemeinden sowie die Gesamtkirchengemeinde. Während die Kirchengemeinden für die Gottesdienste, soziale Projekte und vieles mehr zuständig sind, verwaltet und besitzt die Gesamtkirchengemeinde die Liegenschaften und die Steuereinnahmen der Mitglieder und stellt den Quartiergegenden die Ressourcen zur Verfügung – darunter die Liegenschaften, Stellen und Betriebsbudgets.

Seit Jahren planen diese 13 Institutionen eins zu werden. Denn

es gibt aus Sicht von Hans von Rütte, Präsident des Kirchengemeinderates Nydegg, zu viele Liegenschaften. «Wir hätten Platz für 150'000 Leute, es gibt jedoch nur 50'000 Mitglieder.»

Das heisst, selbst wenn alle, die das «Reformiert»-Heft nach Hause zugeschickt bekommen, in die Kirche gehen würden, wären stadtweit im Schnitt immer noch zwei Drittel der Bänke leer. Mit dem neuen Konstrukt sollen auch die derzeit komplexen Strukturen entschlackt werden.

«Letzten Sommer lag das ausgearbeitete Projekt fixfertig auf dem Tisch», wie Hans von Rütte sagt. Doch die Umsetzung verzögert sich. Stattdessen steht jetzt jedoch ein anderes Projekt im Vordergrund und zwar die Neuorganisation der Gesamtkirchengemeinde. Dieses kommt im Juni ins Parlament der Gesamtkirchengemeinde, danach könnte auch das Fusionsprojekt wieder vorangetrieben werden, so Rütte.

Bis das ungleich grössere stadtumfassende Projekt also umgesetzt ist, dauert es noch.

Deshalb haben sich die Kirchengemeinden nun im Kleineren geschlossen, selber auf Stadtteileebe aktiv zu werden.

«Die Ökumene lebt»

Vor rund fünf Jahren gab es zwischen der römisch-katholischen Kirche St. Marien, der Johanneskirche, die sich in unmittelbarer Nähe befindet, sowie der Markuskirche ein hoch ambitioniertes Ökumene-Projekt. Dieses sah praktisch die komplette Integration vor – über die Konfessionsgrenzen hinweg. Um dieses Projekt ist es mittlerweile ruhiger geworden.

«Doch die Ökumene lebt weiter», betont Marco Ryter. Einmal pro Monat gibt es einen ökumenischen Gottesdienst, wo die drei Gemeinden zusammenkommen. Auch Ostern und Weihnachten finden jeweils in der Kirche St. Marien statt. Kommt das Projekt der beiden reformierten Gemeinden zustande, gibt es im Nordquartier künftig noch ein reformiertes und katholisches Zentrum.

Apotheken profitieren von Omikron

Galenica Erstmals hat der Berner Konzern über 4 Milliarden Franken eingenommen. Vermehrt wird auf Homöopathie und medizinische Cannabispräparate gesetzt.

Ihre Wirkung ist umstritten, doch in der Komplementärmedizin sieht der grösste Schweizer Apothekenbetreiber ein lukratives Geschäft. So hat Galenica den Vertrieb von Boiron-Globuli in der Schweiz übernommen. Dieser Schritt erfolgt bald zwei Jahre nach der Übernahme des Erkältungstropfen-Herstellers Spagyros aus Worb.

Das Portfolio werde so optimal ergänzt, und die Galenica-Gruppe sei somit ausgezeichnet positioniert, um auch in der Komplementärmedizin eine führende Marktstellung zu übernehmen. Das sagte Konzernchef Marc Werner gestern an der Jahresmedienkonferenz in Zürich.

Starke Grippewelle

Die Kassen klingelten aber vorab mit herkömmlichen Grippe-mitteln: Im Winter 2022 führten eine normale saisonale Grippewelle und zahlreiche Erkrankungen durch die Corona-Variante Omikron zu einem starken Wachstum. Gegen Ende Dezember sorgte die starke, früh einsetzende neue Grippewelle für hohe Nachfrage, insbesondere nach Erkältungsmitteln.

Konzernweit schwoll der Umsatz um 4,7 Prozent auf 4,01 Milliarden Franken an. Innerhalb von nur sechs Jahren ist damit eine Milliarde hinzugekommen. Der Betriebsgewinn stieg in dieser Zeit gar um 50 Prozent.

Unter dem Strich sank der Reingewinn 2022 aber leicht um 1,4 Prozent auf 165,9 Millionen Franken. Als Gründe dafür nannte Werner inflationsbedingte steigende Kosten und Sondereinnahmen im Vorjahr wegen Corona und dem Liegenschaftsverkauf am Hauptsitz in Bern. Adjustiert sei der Betriebsgewinn (Ebit) um 12,4 Prozent gestiegen.

Ein Wachstumsgeschäft sind auch medizinische Cannabisprodukte. So hat Galenica letzten Herbst mit der Bahnhof-Apotheke in Langnau auch Cannaplant gekauft, einen führenden Anbieter solcher Rezepturen. Und kürzlich schluckte Galenica die Padma AG, ein in Wetzikon ZH ansässiger Hersteller pflanzlicher Rezepturen aus der tibetischen Medizin.

Julian Witschi

Vertretung während Mutterschaftsurlaub soll möglich sein

Grosser Rat Mütter sollen sich im Grossen Rat während des Mutterschaftsurlaubs vertreten lassen können. Dieser Meinung ist das Berner Kantonsparlament, welches gestern eine entsprechende Motion angenommen hat. Mit 99 Ja-, 48 Nein-Stimmen und einer Enthaltung stimmte der Rat einer Stellvertretung bei einem Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub zu.

Die überparteiliche Motion wollte zudem bei weiteren Abwesenheitsgründen eine Stellvertretung ermöglichen. Laut dem Vizepräsidenten des Grossen Rats Francesco Marco Rappa (Die

Mitte) begrüsst das Ratsbüro eine Stellvertretung bei einem Mutterschaftsurlaub und kann sich auch vorstellen, bei längeren krankheits- oder unfallbedingten Absenzen einer Stellvertretung zuzustimmen.

Dieser Punkt wurde als Postulat angenommen. So soll jetzt geprüft werden, wie eine Stellvertretung aufgrund einer krankheits- oder unfallbedingten Absenz umgesetzt werden könnte. Von weiteren Absenzgründen (Militär- oder Zivildienst, arbeits- oder studienbedingten Absenzen) wollte das Parlament nichts wissen. (SDA)

Berner Regierungsrat muss weiteren Corona-Bericht vorlegen

Noch offene Fragen Der Berner Regierungsrat muss dem Kantonsparlament bis Ende Februar 2024 einen weiteren Corona-Bericht vorlegen. Er soll darin aufzeigen, wie seine Aufträge zur Verbesserung des Krisenmanagements umgesetzt wurden.

Einstimmig verabschiedete der Grosse Rat gestern eine entsprechende Planungserklärung zu einem Bericht, der sich um das Krisenmanagement im Kanton Bern während der Corona-Pandemie drehte. Der Regierungsrat soll auch dafür sorgen, dass krisenerprobte Personen in künftigen Fällen rasch eingebunden

werden können. Der Expertenbericht wurde im September veröffentlicht. Die Experten gaben dem Regierungsrat insgesamt sieben Empfehlungen ab, wie er das Krisenmanagement optimieren könnte. Die Fachleute gaben dem bernischen Krisenmanagement im interkantonalen Vergleich insgesamt gute Noten.

So sahen es grundsätzlich auch die Sprecherinnen und Sprecher im Grossen Rat. «Der Regierungsrat hat das Berner Volk gut durch die Pandemie geführt», sagte etwa Annegret Hebeisen-Christen namens der SVP. «Dafür gebührt ihm Dank.» (SDA)

Stadt Bern testet provisorische Taxibewilligung

Zu wenig Personal Ein Versuch in der Stadt Bern soll zeigen, ob eine provisorische Taxibewilligung ein taugliches Mittel ist, um den Personalmangel in der Branche zu beheben. Angehende Taxifahrer können so die Eignungsprüfung nach dem Berufseinstieg nachholen.

Die Taxibranche habe wegen der hohen gesetzlichen Anforderungen Mühe, rasch neues Personal zu finden, schreibt der Regierungsrat in einer Mitteilung. Besonders stark betroffen von dem Problem ist die Stadt Bern.

Der Kanton will daher dort die provisorische Taxibewilligung

zwei Jahre lang prüfen. Die Regierung erlässt dazu eine Verordnung. «Mit der Versuchsverordnung unterstützen wir gezielt das Taxigewerbe in der Stadt Bern und können gleichzeitig prüfen, ob die häufig als streng wahrgenommene Berner Taxigesetzgebung punktuell liberalisiert werden kann», wird Regierungsrat Philippe Müller zitiert.

Mit der provisorischen Taxibewilligung können angehende Taxifahrer und Taxifahrerinnen rascher in den Beruf einsteigen und die Eignungsprüfung innerhalb eines halben Jahres nachholen. (SDA)